

BORIS KAGARLITZKIJ

Sackgassen und Wegscheiden

Heute ist es am einfachsten, die Regierung zu kritisieren. Das ist verständlich. Denn vom Erfolg der russischen Reformen wagen heute nicht einmal mehr ihre Autoren zu sprechen. Man streitet nur darüber, wer am Debakel Schuld ist.

Auf verblüffende Weise stimmen die Argumente der »Gemäßigten« und der »Radikalen« überein. Larissa Pijaschewa¹ attackierte im »Kontinent«² (Nr. 84, 1995) die Wirtschaftspolitik der Regierung und behauptete, daß alle Mißerfolge auf die Inkonsequenz und den Mangel an Radikalismus bei ihrer Durchsetzung zurückzuführen sind. Aus der Umgebung von Jegor Gajdar³ ist immer wieder zu hören, daß ohne Reformradikalismus überhaupt nichts hätte vom Platz bewegt werden können – und jeder, der sich auch nur ein wenig in der russischen Geschichte auskennt, stimmt dem sofort zu. Ehemalige Minister räsionieren, über den in ihrer Amtszeit richtigen Kurs und darüber, daß sich die Regierung nach ihrer Absetzung im Dickicht der Bürokratie, der Ineffizienz und der Nomenklatur verirrt. Dem setzen die heutigen Inhaber von Regierungsposten entgegen, daß sie die eigentlichen Profis seien – ihre Methoden entsprächen der realen Situation in der Gesellschaft und im Staatsapparat, zu dessen Zerschlagung nicht einmal die radikalsten Kritiker von Bürokratie und Nomenklatura aufrufen.

Offenbar haben alle recht und alles ist gut, aber warum ist dann alles gleichzeitig so schlecht?

Nicht Tempo oder Radikalität der Reformen sind das Problem, sondern ihre Ziele. Gab es eine alternative Strategie der Umgestaltung? Es ist symptomatisch, daß der Triumph von Glasnost und Pluralismus keineswegs die Freiheit des Wortes für jene brachte, die Reformideen vertraten, die nicht mit der herrschenden Ideologie des freien Marktes und der Privatisierung übereinstimmten. Es war die Zeit, als den zunächst sehr zahlreichen Anhängern der Idee des Selbstverwaltungssozialismus der Zugang zu den Massenmedien versperrt wurde; sie wurden isoliert und schließlich als politische Kraft zerschlagen. Es wäre jedoch naiv, den Mißerfolg der Linken zwischen 1988 und 1991 auf den Informationsboykott zurückzuführen. Das Kräfteverhältnis war nicht zu ihren Gunsten. Ende der achtziger Jahre war die Geschichte auf der Seite der marktradikalen Reformen, Mitte der neunziger Jahre wandte sich die Geschichte gegen sie.

Unter den Bedingungen der Krise des sowjetischen Systems der Planwirtschaft war eine Hinwendung zum Markt unvermeidlich

Boris Juljewitsch Kagarlitzkij
– Jg. 1958, Dr., Experte der
Föderation der Unabhängigen
Gewerkschaften
Rußland, wissenschaftlicher
Mitarbeiter am Institut für
vergleichende Politologie
und Probleme der Arbeiter-
bewegung der Russischen
Akademie der Wissenschaften.
Der vorliegende Text ist
eine vom Verfasser bearbeitete
Fassung des Artikels
aus »Swobodnaja mysl«,
Heft 1, 1996, S. 3 - 15.

»Karlsbad ist wieder in russischer Hand. Die neue russische Oberklasse ist jetzt willkommener Gast in den teuren Kurhäusern und in den sündhaft teuren Hotels – heute allerdings keine Aristokraten, die es bis 1914 jeden Sommer in Karlsbad zu sehen gab, keine sowjetischen Parteikader und Generäle, die nach 1945 Karlsbad als ihre Kriegsbeute betrachteten, keine Techniker und Agenten des KGB, die von 1945 bis Anfang der sechziger Jahre das Uran im nahen böhmischen Joachimsthal plünderten, sondern Neureiche aus Moskau, aus Baku, aus Aserbeidshan, aus Georgien und Tatarstan.«
Ota Filip: Die Russen sind wieder in Karlsbad,
in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 27. Juli 1996, S.7.

und notwendig. Aus dem »realexistierenden Sozialismus« ist kein »wirklicher Sozialismus« geworden, eine Gesellschaft, die ihren Bürgern mehr Freiheiten und Entfaltungsmöglichkeiten garantiert, als der Kapitalismus in den Industrieländern.

Ende der achtziger Jahre wurde offensichtlich, daß die sowjetische Gesellschaft in eine Sackgasse geraten war. Der »natürlichste« Ausweg aus der Sackgasse ist der Weg zurück. Mit anderen Worten – Reaktion.

Die Tragödie der sowjetischen Gesellschaft besteht darin, daß Ende der achtziger Jahre die Reaktion objektiv der einzig mögliche Ausweg aus der Stagnation war, weil in den sechziger Jahren die realen Chancen, für eine Dynamisierung der Entwicklung in der UdSSR vergeben worden waren. Mit der Niederschlagung des »Prager Frühlings« und dem Verzicht auf die Durchführung von Wirtschaftsreformen im eigenen Land nahm die sowjetische Führung gewissermaßen Kurs auf die Katastrophe.

Wenn die Reaktion der einzig mögliche Ausweg aus der Sackgasse zu sein scheint, bedeutet das noch lange nicht, daß sie dadurch fortschrittlich wird.

Das gesellschaftliche Erfordernis nach Rückwärtsbewegung brachte auch ein spezifisches verkehrtes Bewußtsein hervor, das alle Begriffe und Termini ins Gegenteil verkehrt. Ende der achtziger Anfang der neunziger Jahre wurden die Rechten in den Medien als Linke bezeichnet, die Linken als Rechte, die Restauration als Revolution, die Zerstörung des Staates als Rußlands Wiedergeburt, die Reaktion als fortschrittliche Umgestaltung oder Reform. Die Verkehrung des Inhalts von Begriffen als typische Propagandamethode hätte jedoch nicht einen derartigen Erfolg gehabt, wenn die Rückwärtsbewegung der Gesellschaft nicht historisch notwendig wäre. Gerade dieses gesellschaftliche Bedürfnis nach Reaktion zwang die betagten Anhänger des »wahren Kommunismus« und die Enkel der alten Bolschewiki die Privatisierung und die Zerstörung der UdSSR voller Enthusiasmus zu unterstützen.

Das Land mußte, um vorwärts zu schreiten, erst einmal zurückgehen. Das Zwangsläufige wurde mit dem Notwendigen verwechselt was für Menschen und Gesellschaft gleichbedeutend mit einer moralischen Katastrophe ist.

Daraus erklärt sich die Niederlage linker Kritiker. Sie waren sich – im Unterschied zu den Traditionalisten – der Gesetzmäßigkeit der Reaktion bewußt, verweigerten ihre Beteiligung und versuchten, Widerstand zu leisten. Und das nicht im Namen der untergehenden Vergangenheit, sondern im Namen der noch nicht geborenen Zukunft. In einer Zeit, in der die Alternativen sich auf die Formel »Stagnation oder Reaktion« zuspitzen, war massenhafte Unterstützung für wirklich neue Gesellschaftsprojekte nicht zu erwarten. Die Überwindung der Stagnation hat zu einer neuen – verspäteten und katastrophischen – Reaktion geführt.

Man muß zugeben, daß die Reaktionäre als Reformen ihre historische Mission ausgezeichnet erfüllt haben. Sie haben die Gesellschaft in nur vier Jahren zwischen 1991 und 1995 erneut in eine Sackgasse manövriert. Wenn es aus der Sackgasse der zentralistischen Planwirtschaft keinen anderen Ausweg, als den »freien

Markt« gab, so muß man nun, ob es einem gefällt oder nicht, aus der Sackgasse, in die die Marktwirtschaft geführt hat, einen nicht-marktwirtschaftlichen Ausweg finden. Spontan reift die Notwendigkeit einer verstaatlichten Wirtschaft heran; diese Tendenz ist so stark, daß sogar die Unternehmer sie spüren. Die Verstaatlichung kommt heute gewissermaßen durch die Hintertür, ohne ausgearbeitetes Programm und ohne Ideologie.

Die neue Nachfrage nach sozialistischen Ideen äußert sich zunächst nicht direkt – die Ideologen selbst können sich in der Regel nicht entschließen, ihre Überlegungen radikal zum Ausdruck zu bringen. Fürchtet man im Rußland Jelzins bisher die Macht der offiziellen Propaganda, die – in einer jahrzehntelangen Tradition stehend – die öffentliche Meinung manipuliert und das Massenbewußtsein deformiert, wird den Ideologen zunehmend bewußt, daß sie nichts mehr bewirken. Das gesellschaftliche Bewußtsein gerät außer Kontrolle, ihm entspringen Prozesse, mit denen die Eliten rechnen müssen, auch wenn es ihnen widerstrebt. In der Gesellschaft hat sich ein Umbruch vollzogen. Die Zeit der Reaktion ist in Rußland zu Ende.

Fragen an den Sozialismus – ein Exkurs

Wenn der Ausweg aus der neuen Sackgasse eine neuerliche Änderung der ideologischen Wegmarken erfordert, ist es notwendig, auf zahlreiche Fragen eine Antwort zu geben, die in der Regel für die Anhänger des Sozialismus recht unbequem sind.

Die Versuchung, in einem Land, in dem das Projekt einer kapitalistischen Reform scheiterte, zum Sozialisten zu werden, ist sehr groß. Doch diese Reform ging auch an den neuen Sozialisten und Linkszentristen nicht spurlos vorüber. Bei den Wahlen 1995 herrschte im linken Zentrum ein regelrechtes Durcheinander. Die sozialdemokratischen Aktivisten erfuhren zu ihrer Überraschung, daß Gawriil Popow, der ehemalige Bürgermeister von Moskau, an ihrer Spitze stand. Davor hatte sich Popow lange Zeit als Liberaler ausgegeben. In das linke Zentrum strebten Funktionäre, Generale, Schauspieler und für kurze Zeit sogar der Direktor der Gesamtrussischen Rundfunk- und Fernsehgesellschaft, Oleg Popow⁴. Um ihrer Kampagne einen »sozialen« Anschein zu geben, suchten die orthodoxen Demokraten Unterstützung bei einigen freien Gewerkschaften. Auch der Kongreß der russischen Gemeinden⁵ bekam Zulauf von einigen Sozialisten. Grigori Jawlinski machte während einer Vortragsreise im Westen keinen Hehl aus seiner Sympathie für sozialdemokratische Ideen.

Von einigen Ausnahmen abgesehen, setzte sich das »linke Zentrum« des Jahres 1995 aus den gleichen Politikern zusammen, die 1993 das rechte Zentrum oder das Zentrum überhaupt, verkörperten. Das Hauptproblem für diese Sozialisten bestand nicht darin, ihrem Publikum zu zeigen, daß sie besser seien, als ihre Konkurrenten, die dasselbe verkündeten, sondern darin, zu erklären, worin eigentlich ihr Linkssein besteht und was sie unter Sozialismus verstehen.

» In den Speisesälen der Karlsbader Hotels, wo einst die Zarenfamilie mit europäischen Kaisern, Königen, Erzherzögen, Prinzen und Prinzessinnen und mit dem Geldadel tafelte, findet man wieder Russen, Aserbeidshaner, Georgier und Tataren mit ihren Frauen in französischer Konfektion oder mit goldgeschmückten Geliebten, heute allerdings alle ohne Smoking, ohne Abendkleid, oft auch ohne Manieren. Mit der russischen Aristokratie von vor 1914 haben die heutigen Gäste nur eines gemeinsam: viel Geld. Ihre Hotelrechnungen zahlen die »neuen Russen« in bar und in Dollar. Kreditkarten und Schecks akzeptieren die Tschechen von ihnen nicht.«
Ebenda.

»Nach dem Scheitern des Prager Frühlings im Jahr 1968 und in den Jahren sowjetischer Okkupation galt es auch sbad als unanständig, den Mund russisch aufzumachen. Und wenn die Verkäuferin Ludmila H. im damals staatlichen Geschäft mit Lederbekleidung – für Genossinnen aus Moskau war eine Lederjacke made in Czechoslovakia der Modeschlag – gezwungen war, mit Russen einige Sätze zu wechseln, dann duzte sie sie und sprach sie als ›Genosse‹ oder ›Genossin‹ an. ›Die Zeiten haben sich geändert. Das Geschäft ist privatisiert‹, erzählt Ludmila, ›die russischen Damen und Herren zahlen in Dollar, so müssen wir wieder Russisch lernen.«
Ebenda.

Kapitalismus in der Sackgasse

Der Kapitalismus kam als Modernisierungsideologie nach Rußland. Aber die Modernisierung fand nicht statt. Eine Revolution, die Anfang des Jahrhunderts die Welt erschütterte, war die Folge. Ende des Jahrhunderts wird in Rußland wieder die kapitalistische Modernisierung propagiert. Aber ihre Chancen auf Erfolg sind diesmal wesentlich geringer.

Um eine bürgerliche Ordnung zu schaffen, bedarf es zumindest einer Bourgeoisie. Aber sie entsteht nicht so mir nichts dir nichts aus dem privaten Unternehmertum. Schon Max Weber hat gezeigt, daß die Gier nach Gewinn und das Streben nach Reichtum um jeden Preis nicht notwendig Kapitalismus hervorbringen. Geiz und Geldgier waren auch in Gesellschaften weit verbreitet, die nie zu kapitalistischen geworden sind. Tatsächlich bürgerliches Unternehmertum entsteht nur dort, wo es gelingt, die Gier nach Gewinn zu zügeln. Gerade deshalb war der Protestantismus so bedeutsam für die Entstehung des europäischen Kapitalismus. Gerade deshalb spielte der Staat in allen Ländern, die mit der bürgerlichen Modernisierung in Verzug geraten sind, die entscheidende Rolle bei ihrer Durchsetzung.

Die Spezifik der gegenwärtigen Situation in Rußland besteht darin, daß die Durchkapitalisierung der Gesellschaft mit dem Zerfall der Union und der tiefsten Krise des Staates zusammenfiel. Die Zersetzung der Bürokratie und der Zusammenbruch des sowjetischen Systems waren total. Dies erklärt sowohl die Zielstrebigkeit und die Dimension der Re-Kapitalisierung als auch ihre Oberflächlichkeit. Anstatt dem Staat wieder auf die Beine zu helfen, bereichert sich die Bürokratie an seinem Zerfall.

Eine erfolgreiche bürgerliche Entwicklung war weder von oben noch von unten möglich. Im Rußland von heute sind wie in jeder feudal-bürokratischen Gesellschaft die Politiker weitaus wichtiger, als die Unternehmer. Die Politiker befolgen nicht den Auftrag einer sozialen Elite, sie selbst sind diese Elite.

Unsere Politiker befassen sich nicht mit gesellschaftlichen Notwendigkeiten. Sie haben nur mit den egoistischen Privatinteressen ihrer Hintermänner zu tun – und selbst diese werden bei der ersten Gelegenheit geprellt. Sie brauchen Macht aber keineswegs der Macht halber. So weit sind sie noch gar nicht. Der Genuß der Macht, die Möglichkeit, über Menschen zu entscheiden, etwas aus dem Nichts heraus zu schaffen, alles das ist ihnen fremd. Das Wichtigste für die russischen Politiker ist nicht die Macht an sich, sondern ihre Attribute. Limousinen, Leibwächter, üppige Diners, hörige Referenten und langbeinige Sekretärinnen.

In Rußland gibt es weder Politiker, noch eine Politik im europäischen Verständnis. Und es gibt nichts naiveres, als zu anzunehmen, daß hier prinzipienloser Machiavellismus herrscht. Echte Prinzipienlosigkeit hat zur Voraussetzung, daß Prinzipien existieren. Und Machiavellismus bedeutet Wissen um die Bedeutung von Macht und den Aufgaben des Staates. Der Übergang von der Dummheit zur Prinzipienlosigkeit wäre für Rußland bereits eine echte moralische Revolution.

In der Wahlkampagne 1995 wurde viel über die massenhafte

Nominierung von Generalen und Schauspielern von allen Parteien gespottet und manches über den zunehmenden Einfluß der Armee gemutmaßt. Dabei wäre es viel wichtiger gewesen, über den Vertrauensverlust der Politiker zu sprechen. Nicht nur das Volk hat aufgehört, den Politikern zu glauben, die Politiker haben aufgehört, an sich selbst zu glauben. Deshalb wollen sie sich hinter Showstars und Sternen auf Schulterstücken verstecken. Das Ergebnis dessen ist leicht vorherzusagen. Die Generale und Schauspieler werden nicht nur ihre politischen Freunde nicht retten können, sondern sich auch noch selbst blamieren.

Auch die Mutmaßungen über den gewachsenen Einfluß der Armee entbehren jeder Grundlage. Die Armee teilt das Schicksal aller anderen politischen Strukturen. Sie ist zerrissen vom Kampf der Gruppierungen, von Korruption und Ineffizienz zerfressen, bar klarer Aufgabenstellungen und Orientierungen.

Die Wahlen widerspiegeln nur das, was in der Gesellschaft vor sich geht. Kein, und sei es ein noch so gutes Wahlgesetz wird helfen, wenn die Gesellschaft nicht in der Lage ist, sich selbst zu organisieren. Die Jahre der Siege der »Reformen und der Demokratie« stellten sich als Jahre heraus, in denen die objektiven Grundlagen der demokratischen Entwicklung, die in den sechziger und achtziger Jahren unter Mühen und langsam herangereift waren, durch die Reaktion untergraben wurden.

Im Vergleich mit 1991 ist der Rückschritt unübersehbar. Ende der achtziger Jahre hofften die Menschen nicht nur auf Veränderungen, sondern handelten auch. Die Anfänge der Zivilgesellschaft bildeten sich heraus. Die gegenwärtige Apathie der Bevölkerungsmehrheit ist kein Zufall. Es handelt sich hierbei nicht um die Ermüdung von den Umgestaltungen. Es ist etwas viel tragischeres passiert. Die Gesellschaft hat beim Versuch, sich vom Staat zu befreien, eine Niederlage erlitten. Die Versuche der Arbeiterselbstverwaltung sind unterdrückt worden, die Ansätze freien Unternehmertums wurden zertreten.

Jahrzehnte lang haben wir gegen den Totalitarismus gekämpft, bis er in den achtziger Jahren in der Perestroika überwunden wurde. Jetzt hat sich die Situation geändert. Die Politikwissenschaft hat schon in den dreißiger Jahren die Bedingungen beschrieben, die für die Entstehung des Totalitarismus günstig sind: Atomisierung, Zersplitterung und Apathie der Bürger, eine geringe Effektivität der demokratischen Institutionen bei gleichzeitiger Verschärfung sozialer Spannungen. Wenn es nicht gelingt, diese Probleme zu lösen, wird es zu der von Erich Fromm beschriebenen Flucht vor der Freiheit kommen.

Zum Glück gibt es heute keine reale organisierte Kraft, die in der Lage wäre, eine neue totalitäre Diktatur einzusetzen. Shirinowski vermag nur Leute mit schwachen Nerven zu erschrecken. Die Generale sind zerstritten. Die Kommunistische Bewegung hat sich sehr verändert. Nur jene Journalisten, die noch nicht bemerkt haben, daß die antikommunistische Propaganda heute genauso haltlos und diskreditiert ist, wie die kommunistische vor zehn Jahren, können die heutigen Führer der Kommunistischen Partei als Erben Stalins und Berijas bezeichnen.

»Im inzwischen privatisierten Kurhotel ›Imperial« haben westliche Gäste keine Chance. Alle Ankündigungen in der Hotelhalle, das Kultur- und Ausflugsprogramm, die Speisekarten, die Rechnungen, alles ist in russisch-kyrillischer Schrift gedruckt oder geschrieben ... Heute verdrängt das Russische die deutsche, die englische, ja sogar die tschechische Sprache. Kein Wunder: 1995 kamen mehr als 13.000 Russisch sprechende Gäste, jeder mindestens für drei Wochen, nach Karlsbad; in diesem Jahr sollen es mehr als 16.000 sein.«
Ebenda

»Die Gäste aus dem Osten bringen heute viel mehr Geld als die Deutschen, Franzosen, Japaner und Amerikaner zusammen. Und hartes Geld, auch wenn es in Karlsbad gewaschen werden muß, stinkt hier noch weniger als anderswo. Der einst weltberühmte Kurort braucht viel Geld; allein die Renovierung des Stadttheaters, seit Ende des neunzehnten Jahrhunderts ein Juwel unter den kleinen Theatern, nach vierzig Jahren Sozialismus eine Ruine, wird fast 250 Millionen kosten.«
Ebenda, S. 8.

Man sollte nicht vergessen, daß die Gefahr in der Regel von dort kommt, woher man sie an wenigsten erwartet. Der Oberste Sowjet hat sich vor dem Operettenputsch im August 1991 sehr erschrocken. Zwei Jahre später zerschossen Panzer auf Befehl des ehemaligen Vorsitzenden des Obersten Sowjets den Sitz des Parlaments. Wenn es eine Diktatur schafft, sich landesweit zu etablieren, dann nur unter dem Vorwand, die Demokratie zu retten.

Noch aber ist die Macht schwach. Der Staat ist im Zuge der Umgestaltungen nicht stärker geworden. Früher schien es, daß eine schwache Gesellschaft einen starken Staat braucht. Heute haben wir es mit einer desorientierten und geschwächten Gesellschaft zu tun, die von einem halbzerfallenen Staat gelenkt wird. So viel man bei uns auch von der Festigung der russischen Staatlichkeit redet, praktisch ist das unmöglich. Staatlichkeit gibt es nur dort, wo die Macht die organische Verbindung zum Bürger wahrhaft, sich auf die Tradition, auf das Recht oder auf den Willensausdruck der Mehrheit des Volkes stützt. Alles das gibt es in der Russischen Föderation nicht. Wir verfügen nicht über ein modernes Staatswesen, sondern über ein System der Machtusurpation, das dem Prinzip folgt: jedem so viel Macht, so viel er greifen kann.

Jahrzehnte lang haben wir uns europäisiert. Deshalb sind wir heute Afrika sehr ähnlich. Auch dort war das Streben, dem Westen ähnlich zu werden, von der Zerstörung der eigenen Traditionen und der eigenen Ordnung begleitet. In Rußland gibt es keine Bourgeoisie als herrschende Klasse. Es gibt rivalisierende Gruppen, die nicht zu einer richtigen Klasse geworden sind. Sie nennen sich voller Stolz Eliten, obwohl es treffender wäre, sie als Stellvertreter zu bezeichnen. Sie bedeuten etwas, solange sie an der Macht sind. Wenn das Privatkapital nicht strikt vom Staat getrennt ist, dann ist es auch nicht privat. Geld hat bei uns nur solange Gewicht, solange es gegen Macht getauscht wird. Das ist die einzige reale Konvertierbarkeit nicht nur des Rubel sondern auch des Dollar im Rußland von heute.

Es hat keinen Sinn, von Interessengruppen zu sprechen. Es gibt nur Grüppchen, die entstehen und wieder zerfallen, Kristallisationspunkte dieser Clans sind Leute, die über Macht verfügen. Die Vertretungsorgane vertreten lediglich sich selbst, die politischen Parteien werden auf Führer zugeschnitten und haben zu Massenbewegungen überhaupt keine Beziehung.

Leider gibt es bei uns auch kein Proletariat. Die Werktätigen sind von der Verwaltung abhängig, die zwar keinen Lohn zahlt, aber trotzdem Beschäftigung garantiert. Die Administration wiederum ist untrennbar mit kommerziellen Strukturen verbunden, die das Geld vor den Toren der Fabriken arbeiten lassen. Alles ist im Endeffekt miteinander verflochten, alles voneinander abhängig. Deshalb kann von Sozialpartnerschaft nicht gesprochen werden. Denn die Partner müßten frei und gleichberechtigt sein. Sozialer Widerstand ist unmöglich, wenn die Werktätigen sich nicht zu gemeinsamen Aktionen vereinigen können. Deshalb wird auf das rapide Sinken des Lebensniveaus, die Nichtauszahlung von Löhnen und die Beschneidung des Haushalts nur mit vereinzelt und schwachen Streiks reagiert.

Dieser »soziale Frieden« ist kein Grund zur Freude, er ist ein Anzeichen für den Zerfall der Gesellschaft. Hinter der Geduld der Massen verbirgt sich ein gewaltiges und von Tag zu Tag wachsendes Potential an Haß.

Die Vereinzelung der Menschen bringt die Notwendigkeit der Diktatur hervor. Es ist möglich und notwendig, die Wahlen zu nutzen, um die Keimformen eines zivilien politischen Lebens zu bewahren, aber die Wahlen als solche werden die Probleme der Gesellschaft nicht lösen, wenn die Gesellschaft so bleibt, wie sie ist.

In der gegenwärtigen Situation gibt es nichts, was schädlicher und verantwortungsloser wäre, als Optimismus. Wir können nur hoffen, daß die Krise nicht der Anfang eines unumkehrbaren historischen Verfalls Rußlands ist. Schließlich verschwanden oft genug große Staaten und Völker einfach vom Antlitz der Erde. Rußland hat mehr als einmal die Fähigkeit demonstriert, nationale Katastrophen zu überwinden.

Die politische Schizophrenie des russischen Business

Ungeachtet der offensichtlichen Unbrauchbarkeit des bestehenden sozio-ökonomischen Modells versprechen uns bezahlte Besänftiger täglich eine »lichte Zukunft«. Während man früher auf den spontanen Marktmechanismus hoffte, steht gegenwärtig die moralische Wiedergeburt der »neuen Russen« im Vordergrund. Man erklärt uns, daß Menschen, die sich ein gewaltiges Vermögen zusammengerafft haben, dieses schon nicht mehr ohne weiteres außer Landes bringen können. Sie besitzen inzwischen Villen und Betriebe in der Heimat. Kurz gesagt, aus der Liebe zur Immobilie wird allmählich die Liebe zum Vaterland. Und das bedeutet, fassen die Autoren der optimistischen Artikel zusammen, daß das russische Business zu einem sozial verantwortlichen, humanen und national ausgerichteten wird.

Und auch die »Businessmen« denken so. Das heilige Recht, die eigenen Landsleute auszunehmen, will der russische Unternehmer nicht an die Ausländer abtreten. Dafür ist er wirklich bereit, zu kämpfen. Der Patriotismus der russischen Kaufleute hatte hier seine Grundlage; wie übrigens auch der Nationalismus in den Kolonialländern.

Die Zeit, als man sich einfach alles der Reihe nach einverleiben konnte, ist nun wirklich vorbei. Etwas anderes können die »neuen Russen« aber nicht. Daher der wachsende Unmut über die ausländischen Firmen, die besser arbeiten, der Ruf nach Protektionismus, die Hoffnung auf Unterstützung durch den Staat. Daher auch der »Linkstrend« und die rasche »Entwicklung nationalen Selbstbewußtseins« innerhalb des rückständigsten und korruptesten Teils der »neuen Russen«.

Auch um den sozial verantwortungsbewußten Teil des Business steht es schlecht. In der gegenwärtigen Situation geht es nicht allein darum, etwa nur auf Maximalprofite zu verzichten, sondern auch auf die normalen Quellen des Profits. Denn antisozial sind nicht die gewaltigen Gewinne der »neuen Russen«, sondern ihre Tätigkeit als solche.

Die »neuen Russen« sind – entgegen dem in der öffentlichen

»Man erfährt aus guter Quelle – sie möchten nicht genannt werden, denn einige östliche Geschäftsleute reisen mit Leibwächtern: Russische, aserbeidshansische, georgische, tatarische und andere Banker und Kaufleute haben in zwei Jahren mit Hilfe tschechischer Strohänner mindestens zwei Dutzend Kurhäuser und Hotels gekauft, unter ihnen, und das empfinden die Karlsbader als Demütigung, auch das Haus der tschechischen Schriftsteller, wahrscheinlich auch schon fast die ganze Sadova ulice, die Parkstraße, mit dem Grundstück der von den Nazis im Herbst 1938 niedergebrannten Synagoge.«
Ebenda.

»Ich sage es offen«, erzählt ein Diplomökonom, der seinen gutbezahlten Posten in einem von zweifelhaften Geschäftsleuten beherrschten Hotel aufgab, um sicherer zu leben, »daß wir es in Karlsbad mit einer russischen, sibirischen Mafia zu tun haben. Es ist aber absurd: Ohne Geld aus anrühigen Quellen gäbe es bei uns keinen Wiederaufbau. Die Gefahr für uns ist schmutziges Geld, mit dem sie sich bei uns einkaufen und für Generationen festklammern.«
Ebenda.

Meinung verbreiteten Stereotyp – durchaus nicht abgeneigt, in die Produktion zu investieren. Was sie auszeichnet, ist das kompromißlose Bestreben, sich so schnell als möglich auf Kosten der Gesamtwirtschaft zu bereichern. Gleich, wo sie tätig sind, immer verfügen sie über ein lokales Monopol. Neben »natürlichen Monopolen« (wie z.B. »Gasprom«) gibt es heute in Rußland hunderte, wenn nicht tausende »zufälliger Monopole«. Eine winzige Brauerei irgendwo in Sibirien wirft plötzlich einen riesigen Gewinn ab. Nicht, weil das Bier gut ist und die Technologie auf dem neuesten Stand, sondern weil die Einfuhrzölle und die Transportkosten für importiertes und weitaus besseres Bier gewaltig sind. Nehmen wir dann noch die »freundschaftlichen« Beziehungen zu maßgeblichen Personen in der örtlichen Verwaltung hinzu, schließt sich der Kreis. Unter Bedingungen normaler Marktkonkurrenz würden unsere Helden wohl kaum so erfolgreich sein. Das Paradoxe der gegenwärtigen Situation besteht darin, daß der scheinbar entwickeltste Teil des russischen Business verliert oder einfach bankrott geht, wenn sich die Wirtschaft normalisiert. Die »neuen Russen« haben ein objektives Interesse an der Reproduktion der Krise, um ihre »zufälligen Monopole« zu bewahren. Unsere »Businessmen« unterstützen die auf Stabilisierung zielenden Programme der Regierung und verlangen entschiedenere Schritte; doch nur solange sie keine konkreten Ergebnisse zeitigen. Sobald sich dies abzeichnet, wird Unmut laut und Widerstand organisiert.

Die politischen Folgen sind offensichtlich. Das Streben nach sozialem Frieden entartet in der Forderung nach einer starken Macht. Das Komparadorenkapital wird patriotisch. Solange alle »sozialen Garantien« auf das Recht hinausliefen, samt allem geraubten Kapital auszureisen, waren sie mit der Demokratie zufrieden. Für den Schutz der Villen bedarf es aber keiner Bürgerrechte, sondern einer gut bezahlten Polizei.

Einige Publizisten hoffen auf die neue Generation, die gebildeter und humanistischer sein wird. Wenn die Kinder der »neuen Russen« aus den Universitätsstädten im Westen heimkehren, beherrschen sie die neuen Managementmethoden und kennen die Kultur sozialer Kompromisse des europäischen Protestantismus. Sein Kind zu einem anständigen Menschen erziehen, bedeutet für die »neuen Russen«, den eigenen Todfeind heranzubilden. So ging es bereits den russischen Kaufleuten. Die Politiker aus dem Westen, die meinen, daß die jungen Leute zu Hause für die Interessen des Westens eintreten werden, werden ihren Fehler bald einsehen. War es doch die im Westen ausgebildete Elite, die den Kern aller nationalen Befreiungsbewegungen in der »Dritten Welt« bildete. Die dem zugrunde liegende Logik ist simpel. Je mehr Menschen mit europäischer Bildung im Lande sein werden, desto mehr werden sie danach streben, die Posten mit ihresgleichen zu besetzen.

Der Generationswechsel wird in der Tat wesentliche Verbesserungen nach sich ziehen. Aber er wird sich ganz anders vollziehen, als es die berufsmäßigen Optimisten erwarten. Der Generationswechsel wird von einem ideologischen Umbruch, von politischen Erschütterungen und einer sozialen Explosion begleitet sein. Und darauf wird man nicht mehr lange warten müssen.

Das russische Phänomen

Man sagt, daß Ausländer Russen nicht verstehen können. Das ist nicht schlimm. Schlimm ist, daß die Russen sich selbst oft nicht verstehen können. Wenn die Mehrheit der Bevölkerung Rußlands in der Lage wäre, das eigene Interesse zu artikulieren und sich wenigstens zur Selbstverteidigung zu organisieren, wäre die Geschichte des Landes ganz anders verlaufen. Nirgendwo sonst in Europa spielt die Ideologie eine so große und oft verhängnisvolle Rolle im gesellschaftlichen Leben, wie in Rußland.

Aus dem Ausland importierte fertige Schemata sind verlockend, weil sie einem das eigene Denken ersparen. Sie haben nur einen Nachteil, sie passen nicht auf unsere Verhältnisse. Unsere Verhältnisse sind der Grund für ihr Versagen, nicht die »russische Seele«. Man kann sehr wohl zwanzig zentristische Blöcke ins Leben rufen, man kann dutzende Bände über die Erfahrungen der europäischen Sozialdemokratie ins Russische übersetzen. Dennoch wird es mit dem Zentrismus und der Sozialdemokratie in unserem Land nicht klappen. Der Marxismus Anfang des 20. Jahrhunderts konnte greifen, weil er ein Echo in den kulturellen und gesellschaftlichen Prozessen fand, die in der damaligen Gesellschaft vor sich gingen. Heute ist es nicht möglich, die Erfahrungen der neuen Linken nach Rußland zu importieren. Im Land gibt es einfach keine Basis für Linkszentrismus und Sozialdemokratie. Und es gibt auch keine Bedingungen für die Herausbildung eines wirklichen Liberalismus.

In Rußland wächst das Bedürfnis nach einer starken Macht. Aber nach einer »starken Macht«, die von denen Unten und nicht von denen Oben gewollt wird. Die Verknüpfung von Repression und Demagogie mag ein Erfolgsrezept sein, doch die Probleme des Landes lassen sich auf diese Weise nicht lösen. Die Unmöglichkeit der Demokratie bedeutet noch lange nicht den Erfolg der Diktatur. Das Land steht wieder, wie schon Anfang des Jahrhunderts, an einer Wegscheide. Für den Sozialismus sind wir nicht reif, im Kapitalismus können wir nicht leben. Wir können den Westen nicht einholen, uns aber auch die Rückständigkeit nicht leisten. Wir sind nicht reif für die Demokratie, wollen aber auch keine Diktatur. Die ausländischen Erfahrungen taugen nicht für uns, aber ohne sie ist Entwicklung undenkbar.

Die Gesellschaft ist zudem durch und durch politisiert, politisches Leben ist jedoch aufgrund der Zersetzung der Gesellschaft unmöglich. Das politische Leben im Rußland der Gegenwart erinnert an ein Drama (oder an eine Tragödie?) ohne positiven Helden.

Die historische Aufgabe besteht im Endeffekt darin, nach neuen Formen der Gesellschaftlichkeit zu suchen, ohne die weder Politik noch Wirtschaft möglich sind. Diese Gesellschaftlichkeit kann keine bourgeoise sein, da es keine Bourgeoisie gibt. Die Perspektiven der Entwicklung der Wirtschaft können keine kapitalistischen sein, weil das bestehende Modell nicht funktioniert. Die Ideologie der Linken kann sich als ein wichtiger Faktor bei der Organisation der Gesellschaft erweisen, weil sie kollektivistisch ist. Die Aufgabe der Linken in Rußland besteht nicht nur darin, die Interessen, die sich bereits herausgebildet haben zu artikulieren, sondern auch darin, sich selbst als politische Kraft auszubilden.

Die Wiederherstellung der Gesellschaftlichkeit ist nicht gleichbedeutend mit dem Sieg der Demokratie, aber die einzige Chance für eine demokratische Entwicklung. Kollektivismus garantiert nicht immer Freiheit, aber ohne ihn ist unsere Freiheit nicht zu verteidigen. Der linke Radikalismus, der im Land des durchgefallenen Kapitalismus heranreift, muß nicht die Ideologie des Fortschritts werden, aber ohne ihn ist Fortschritt unmöglich. Lenins Buch »Was tun?« konnte nur von einem russischen Sozialisten geschrieben werden. Ein europäischer Sozialdemokrat würde nie auf die Idee kommen, eine Partei der Arbeiterklasse vor Entstehung dieser Klasse zu schaffen und dann auch noch das Bewußtsein in die Reihen des Proletariats zu tragen. Aber dieses theoretisch gesehen Absurde ist das Ergebnis der absurden russischen Geschichte.

Die Menschen müssen sich organisieren, um gemeinsam zu handeln, oder sich mit ihrem Schicksal abfinden. Aber Passivität und Hörigkeit der Unteren führt nicht zu Stabilität, denn in unserem Land sind die Oberen die Quelle der Instabilität. Heute erkennen wir deutlich die Unkosten des russischen Weges. Aber wir erkennen auch die realen Widersprüche der neuen Periode, die verblüffende Wiederholung des bereits durchlaufenen Weges, den uns die Reaktion aufgezwungen hat. Also wird der ideologische Faktor auch weiterhin eine gewaltige Bedeutung haben. Wir müssen uns die Lehren der russischen Revolution zu eigen machen, um nach Möglichkeit ihre Fehler und Verbrechen zu vermeiden. Eine Alternative kann eine Mischwirtschaft sein, die Elemente des demokratischen Kapitalismus, der staatlichen Planung und des demokratischen Sozialismus einschließt. Radikale Veränderungen der staatlichen Strukturen und der herrschenden Ideologie sind dazu unvermeidlich.

Im Endeffekt geht es nicht um den Verzicht auf Marktmechanismen, sondern um die radikale Absage an die Marktideologie in der Wirtschaft und die Suche nach völlig anderen Orientierungspunkten. Es geht um die Ablösung der Eliten und um die Umbewertung der Werte. Nur so kommt man aus der Sackgasse heraus und kann erfolgreich den Kreuzweg der Geschichte passieren.

ÜBERSETZUNG UND ANMERKUNGEN VON WLADISLAW HEDELER

- 1 Dr. oec. Larissa Iwanowna Pijaschewa, geb. 1947, Absolventin des Moskauer Plechanow-Institutes für Volkswirtschaft, war von 1991-1992 Vorsitzende des Komitees für Wirtschaftsreformen der Moskauer Stadtverwaltung.
- 2 Dr. oec. Jegor Timurowitsch Gajdar, geb. 1956, Absolvent der ökonomischen Fakultät der Staatlichen Moskauer Lomonossow-Universität, war von 1991-1992 Minister für Wirtschaft und Finanzen der RSFSR.
- 3 Oleg Maksimowitsch Popzow, geb. 1934, Absolvent der Leningrader Akademie für Forstwirtschaft, leitete von 1990-1996 die Gesamtrussische Rundfunk- und Fernsehgesellschaft. Popzow wurde auf Jelzins Weisung im Februar 1996 entlassen.
- 4 Der von Dmitrij Olegowitsch Rogosin, geb. 1964, im März 1993 gegründete Kongreß der Russischen Gemeinden spielte bis 1995 im politischen Leben Rußlands so gut wie keine Rolle. Im April 1995 traten die von Juri Wladimirowitsch Skokow (geb. 1938) geleitete Föderation der Warenproduzenten Rußlands und die Demokratische Partei Rußlands unter Sergej Jurjewitsch Glasjew (geb. 1961) dem Kongreß als Kollektivmitglieder bei. General Lebed ist der vom Kongreß nominierte Spitzenkandidat im Kampf um die Präsidentschaft.